



BAYERISCHER LANDTAG  
ABGEORDNETER  
DR. CHRISTIAN MAGERL

VORSITZENDER DES AUSSCHUSSES  
FÜR UMWELT UND GESUNDHEIT

Dr. Christian Magerl · Landshuter Str. 94 · 85356 Freising

ANU Bayern e.V.  
c/o Marion Loewenfeld  
Nikolaistr. 4

80802 München

Maximilianeum  
81627 München  
Telefon (089) 41 26-27 61  
Telefax (089) 41 26-11 35

Landshuter Str. 94  
85356 Freising  
Telefon 08161 66631

[www.christian-magerl.de](http://www.christian-magerl.de)  
E-Mail: [christian.magerl@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:christian.magerl@gruene-fraktion-bayern.de)

## Forderungskatalog Umweltbildung für nachhaltige Entwicklung

Sehr geehrte Frau Löwenfeld,

gerne nehme ich im Namen meiner Fraktion zu den Forderungen der ANU Stellung:

Da die Kinder von heute die Konsumenten von morgen sind, ist schulische Bildung eine Schlüsselfunktion für eine nachhaltige Entwicklung. Um das Thema auf die politische Agenda zu setzen, haben wir im Jahr 2010 zur Halbzeit der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ einen Bericht über die Aktivitäten im Freistaat Bayern gefordert. In der nächsten Legislaturperiode werden wir uns dafür stark machen, dass die Umweltbildung noch umfassender und über die im Jahr 2014 endende UN Dekade hinaus dauerhaft in den Lehrplänen verankert wird. Leider sind die Lehrpläne in vielerlei Hinsicht überfrachtet, und von allen Seiten kommen Forderungen nach zusätzlichen neuen Lehrinhalten. In Anbetracht der Tatsache, dass immer weniger Kinder eigenständig Naturerfahrungen sammeln können, halten wir regelmäßige Naturbegegnungen im Unterricht für zwingend erforderlich. Dies halten wir aus didaktischen Gründen für äußerst sinnvoll, weshalb unser Bildungskonzept auch mehr praktische Wissensvermittlung beinhaltet. Die von uns geforderte flächendeckende Ganztagschule würde hier die nötigen Voraussetzungen schaffen, um Unterricht stärker nach dem Zitat von Konfuzius zu gestalten:

„Erkläre es mir und ich werde es vergessen. Zeige es mir und ich werde mich erinnern. Lass es mich selber tun und ich werde es verstehen.“

Viele Kinder wissen nicht mehr, wie Obst, Gemüse und Kräuter wachsen. Sie kennen diese nur gewaschen und verpackt aus dem Supermarktregal. Aufgabe der Schule ist es unter anderem, den Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen zu lehren und Grundlagen für eine gesunde Entwicklung der Schülerinnen und Schüler zu legen. Die in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts von der damaligen Reformpädagogik gegründeten Schulgärten bieten eine besonders gute Möglichkeit, praktisches und theoretisches Lernen in guter Luft mit Bewegung zu verbinden. Konsequenterweise haben wir deshalb ein Förderprogramm zur Einrichtung von Schulgärten in den verschiedenen Schulformen in Bayern gefordert. Leider ist dieser Antrag mit der Mehrheit von CSU und FDP abgelehnt worden.

Ich vermute Ihr Bestreben die Kommunen und Landkreise an der Finanzierung der Umweltbildungseinrichtungen in Bayern zu beteiligen, zielt darauf ab, die Finanzierung der Umweltstationen auf mehrere Beine zu stellen. Allerdings dürfte es äußerst schwierig sein, von Seiten der Landespolitik die Kommunen und Landkreise dazu zu verpflichten. In diesem Fall würde das Konnexitätsprinzip Anwendung finden. Wenn der Staat den Gemeinden Aufgaben überträgt, sie zur Erfüllung von Aufgaben im eigenen Wirkungskreis verpflichtet oder besondere Anforderungen an die Erfüllung bestehender oder neuer Aufgaben stellt, muss der Freistaat Bayern auch die entsprechenden Finanzmittel bereit stellen. Ich halte daher diesen Vorstoß für wenig zielführend.

Die Umweltstationen sind für die Umweltbildung äußerst wichtige und nicht mehr weg zu denkende Institutionen. Die gegenwärtige Situation, in der Umweltstationen nur nach Projekten gefördert werden, halten wir in mehrerlei Hinsicht für unbefriedigend. Zum einen bringt diese Art der Förderung sowohl für die Betreiber der Umweltstationen als auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine permanente Planungsunsicherheit. Zum anderen sind die Umweltstationen dazu gezwungen, ständig neue Projekte zu konzipieren und Förderanträge zu schreiben. Dies stellt nicht nur einen unnötig hohen Bürokratieaufwand dar, sondern führt auch zu der paradoxen Situation, dass besonders erfolgreiche Projekte im nächsten Jahr oft nicht in der gewünschten Intensität fortgeführt werden können, weil ja dann ein neues Projekt abzuarbeiten ist.

Wir werden uns daher für eine projektunabhängige Grundförderung von einer Vollzeitstelle einsetzen. Darüber hinaus halten wir eine Mittelaufstockung für dringend geboten.

München, den 02/09/13

Dr. Christian Magerl